

# Der Nah-Ost-Friedensprozeß auf der Bonner Bühne

Aus historischen Gründen kann Deutschland keine Vermittlerrolle im israelisch-palästinensischen Konflikt übernehmen. Trotz dieser Selbstbeschränkung scheint das Land aber von den verschiedenen politischen Akteuren dieser Region immer stärker in eine solche Rolle gedrängt zu werden. Ein Anzeichen dafür sind die sich häufenden Besuche von israelischen und pa-

lästinensischen Politikern, die sich quasi in Bonn die Türklinke in die Hand geben.

Den Reigen eröffnete Israels Außenminister David Levy, der vom deutschen Außenminister die Versicherung mit auf den Weg nahm, daß Deutschland auch die neue israelische Regierung unterstützen werde. Kurz darauf kam

der „Präsident Palästinas“, Yassir Arafat, zu einer Stippvisite nach Hessen, dessen Landesregierung ihm einen großen Bahnhof bereitete.

Rangniedriger waren zwei Delegationen, deren Lagebeurteilung nicht unterschiedlicher hätte ausfallen können, obwohl beide doch aus dem selben Land kamen.

Der Besuchsreigen schloß am 26. September mit einem eintägigen Aufenthalt des israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu in Bonn ab. Dieser Besuch mußte aber aufgrund der explosiven Lage in Israel und Palästina nach dem Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl abgebrochen werden. Wieder einmal stehen die Zeichen im Nahen Osten auf Sturm.

## Zwei Bilder einer politisch unruhigen Region

Seit dem 20. September hielt sich eine vierköpfige palästinensische Delegation unter Leitung von Dr. Haidar Abdul Shafi in Deutschland auf, um die sich neu formierende „Palästinensische Gemeinde Deutschland e. V.“ in ihrem Aufbau zu unterstützen. Begleitet wurde der Abgeordnete des palästinensischen Parlaments und ehemalige Delegationsleiter bei den Friedensverhandlungen von Madrid und Washington u. a. von Dr. Eyad al-Sarraj. Bekannt wurde letzterer dadurch, daß ihn Arafat aufgrund eines Interviews mit der New York Times vom 6. Mai, in dem er die katastrophalen Zustände in den Autonomieteilen kritisierte, von seinem Geheimdienst verhaften und foltern ließ. Nur auf massiven internationalen Druck hin wurde Sarraj nach acht Tagen wieder freigelassen, um kurz darauf wieder verhaftet zu werden, weil man in seinem Büro plötzlich Hasisch „gefunden“ hatte.

Beide Politiker zeichneten ein ungeschöntes Bild der Lage vor Ort, das sogar nicht in die deutsche Vorstellungswelt vom Friedensprozeß passen wollte. So erklärte Abdul Shafi vor der Presse in Bonn, daß der Friedensprozeß nicht nur „so gut wie tot ist“, sondern daß er von Beginn an mit großen Schwierigkeiten behaftet war, weil Israel weiterhin seine Siedlungspolitik fortsetzte und die Verträge nach Gusto auslegte. Israel wolle den Palästinensern einen „Frieden durch Gewalt“ auferlegen, so Abdul Shafi auf einer Podiumsdiskussion am 25. September im Holiday Inn, zu der führende deutsche Politiker und arabische Botschafter geladen waren, aber kurzfristig abgesagt haben. Als einziger erschien

Olaf Feldmann (F.D.P.), der sich aber – verständlicherweise – jeder Stellungnahme enthielt. Den palästinensischen Organisatoren kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, eine undurchsichtige Einladungspolitik gemacht zu haben.

Von offizieller deutscher Seite wesentlich zuvorkommender behandelt wurde eine palästinensisch-israelische Delegation, die von Dr. Yossi Beilin, Mitglied der Knesset und ehemaliger Minister ohne Geschäftsbereich unter Shimon

Peres, und Feisal Hussein, Minister für die palästinensischen Angelegenheiten in Ost-Jerusalem, zu einer Diskussion im Politischen Club der Friedrich-Ebert-Stiftung auftraten. Die Schilderungen dieser beiden Politiker unterschieden sich von denen der anderen Palästinenser dadurch, daß sie brisante Probleme wie die beidseitigen Menschenrechtsverletzungen und die tatsächlichen Rechtsbrüche vor Ort nicht ansprachen. Ihr Schwerpunkt lag eher auf der Beschreibung operativer Schwierigkeiten und deren Überwindung. So stellte Feisal Hussein fest, daß die unzureichende Fähigkeit der Kontrolle durch die Palästinenser daher herrühre, daß Israel die Palästinenser nicht mit allen Mitteln der Kontrolle ausgestattet habe, sprich mehr Souveränität. „Um volle Sicherheit zu garantieren, muß man Gesetze brechen, und dies kann die Menschenrechte verletzen“, so Hussein.

Nach Yossi Beilin stimmten die Palästinenser beim Oslo-Prozeß für eine Interimsphase, ohne das Ziel zu kennen. „Mit dem Ende anzufangen, war unmöglich.“ Für Israel war Oslo ein großer Erfolg. „Dies wurde aber unser größtes Problem.“ Der Friedensprozeß ging mit einem Gewaltprozeß im Land einher, so Beilin. Er forderte von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu sich vertragsgemäß aus Hebron und der Westbank zurückzuziehen. Nach Beilin sieht eine mögliche Lösung der Situation wie folgt aus: Kein Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967, die Siedler bleiben unter israelischer Souveränität, Teile des Negev sollen an Gaza angeschlossen werden, damit die Siedler bleiben können, die Flüchtlinge können nicht nach Israel zurück, die Familienzusammenführung soll weitergehen, Israel hat nicht das Recht über die Einreise der Palästinenser zu bestimmen, die UNRWA soll die palästinensischen Flüchtlinge in den verschiedenen arabischen Ländern entschädigen, in Jerusalem soll der Tempelberg in die alleinige Verwaltung der Palästinenser übergehen, die Palästinenser in Jerusalem sollen Staatsbürger eines Palästinenserstaates werden. Ludwig Watzal